



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

19. Sitzung vom 29. September 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–21.40 Uhr

Leitung: Rahel Bänziger

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: S. Bräutigam, P. Buess, P. Heiz, St. Kaiser, Ph. Schaub, S. Tribolet,
GR D. Nyffenegger, GR M. Schmidli

Präsidentin:

Rahel Bänziger

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen der Präsidentin:

Rahel Bänziger begrüsst die Anwesenden, insbesondere Frau Diana Casoni, die den Verwaltungsleiter Nicolas Hug vertritt.

Es haben sich S. Bräutigam, P. Buess, P. Heiz, St. Kaiser, Ph. Schaub, S. Tribolet, GR D. Nyffenegger und GR M. Schmidli entschuldigt.

Somit sind 34 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 18; Qualifiziertes Mehr: 23.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 25.8.2014	
2. Bericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission vom 11.8.2014: Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	109
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.5.2014: Rückständebericht 2014 Geschäftskreisführung: Mike Keller	115
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2014: Umsetzung kommunale Schulraumplanung: Planungskredit Schulhausneubau Wassergrabenstrasse Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	230/X
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Motion GRPK: Abschaffung WoV: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	101
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.9.2014: Motion SP: Liegenschaftskonzept: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung als Stv.: Philippe Meerwein	100
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.9.2014: Genehmigung diverser Bauabrechnungen Geschäftskreisführung als Stv.: Philippe Meerwein	128
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungsangehörigen in Institutionen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Mike Keller	97
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	99
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.5.2014: Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: Urban Farming in Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	102
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.7.2014: Postulat M. Rehmann/G. Löhr, Grüne/EVP/SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II: Stellungnahme des Gemeinderats Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	66
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.7.2014: Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte) Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung Geschäftskreisführung als Stv.: Heidi Ernst	118

13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.8.2014:

Postulat M. Ziegler, FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

197/X

Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein

14. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 25.8.6.2014

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 109

Bewilligung eines Nachtragskredits von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen

EINTRETEN

Severin Brenneisen: Die *SP-Fraktion* unterstützt den Antrag der GRPK und demonstriert damit ihren Beitrag zum Sparen.

Manuel Mohler: Auch die *FDP* schliesst sich der Meinung der GRPK an.

Susanna Keller: Die *SVP-Fraktion* folgt ebenfalls den Empfehlungen der GRPK.

Thomas Hafner: Auch die *CVP/GLP* lehnt den Nachtragskredit ab.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Das Gleiche gilt für seine Fraktion.

Roger Moll: Die *Parteilosen* schliessen sich den Vorrednern an.

ABSTIMMUNG Antrag GRPK
Einstimmig angenommen

BESCHLUSS

://: Der Nachtragskredit von CHF 0,27 Mio. für das Globalbudget Produktgruppe 8 Verkehr, Strassen wird abgelehnt.

Traktandum 3

Nr. 115

Rückständebericht 2014

EINTRETEN

Sven Inäbnit: Die *FDP* wird zwei Zusatzanträge stellen zu Postulat Nr. 11, SP Infocard und zu Postulat Nr. 8, Begrünung der Betonwände.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP fühlt sich bezüglich Verkehrsplanung, bzw. deren Konsequenzen für Binningen, ungenügend informiert. Informationen zum Gundeli-Tunnel sind sehr mager. Auf der Website der Gemeinde gibt es nur einen Link zu ELBA. Infos zum Spiesshöfli oder Margarethenstich sind nicht ersichtlich. Das Postulat betreffend Tramverbindung 2-er zum Bahnhof soll wie jedes Jahr abgeschrieben werden, obwohl noch vieles unklar ist. Eigentlich wird das Thema Verkehr komplett ausgeblendet. Die Grüne/EVP wird der Abschreibung des Postulats nicht zustimmen.

Zum Durchgangsverkehr an der Benkenstrasse verlangte die Fraktion bereits 2011 eine konsequentere Durchsetzung der Verkehrsregelung. Für die Grüne/EVP geht die Reduktion von unnötigem Autoverkehr und die Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fussgänger und Velofahrer vor.

Zu Punkt 9 und 12: Nachdem die Rednerin die in zwei Sätzen abgehandelte Begründung für die Schwierigkeiten, die Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm durchzusetzen, gelesen hatte, erstaunte sie nicht mehr, dass der Gemeinderat die Anpassung des kinder- und jugendpolitischen Konzepts bis im 4. Quartal 2015 zurückstellen will. Kinder und Jugendliche sollen offensichtlich nicht wirklich unterstützt werden. Beatrice Büschlen erachtet den vorgegebenen Termin als eindeutig zu spät. So lange dürfen die Kinder und Jugendlichen nicht mehr stiefmütterlich behandelt werden.

Die Grüne/EVP bittet den Gemeinderat, für das kinder- und jugendpolitische Konzept früher Ressourcen bereitzustellen.

Bei den restlichen Geschäften folgt die Fraktion dem GR.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Die Fraktion möchte Punkt 3, Tramverbindung Kronenplatz-Bahnhof SBB, nicht abschreiben.

Simone Abt: Die SP will den Antrag 1.4. (PO CVP: Mitsprache am baselstädtischen Projekt „Gundeli-Tunnel“) stehen lassen.

Zu Antrag 5 bemerkt S. Abt, dass die Erläuterungen nicht ganz aktuell sind, da künftig wohl von fünf Primar- und Kindergartenstandorte gesprochen werden muss.

Die Motion der FDP zum Durchgangsverkehr Benkenstrasse soll nicht abgeschrieben werden. Dieses Damoklesschwert soll hängenbleiben.

Die Auskunft des GR zum kinder- und jugendpolitischen Konzept ist unbefriedigend. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation und mangels Ressourcen wurde das Geschäft nicht weiterverfolgt und bis 4. Quartal 2015 zurückgestellt. Die SP will den GR in die Pflicht nehmen und fordert, dass er die Sache spätestens im 4. Quartal 2015 dann auch wirklich anpackt.

Zum Postulat der Parteilosen (Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege zu Hause): Die Aussage „In Anbetracht der angespannten Finanzlage der Gemeinde Binningen ist eine Umsetzung fraglich“ ist indiskutabel. Hier handelt es sich um ein überwiesenes Postulat, das behandelt werden muss. Abgesehen von Antrag 1.4. folgt die SP dem Gemeinderat.

Susanna Keller: Die SVP will die Punkte 1.3. (Tramverbindung zum Bahnhof) und 1.4. (Gundeli-Tunnel) nicht abschreiben.

Gemeindepräsident Mike Keller: Der vorliegende Rückständebericht wurde vom GR am 27. Mai verabschiedet. Aus diesem Grund ist der Stand nicht ganz aktuell. Falls nötig, werden die GR bei den diversen Anträgen entsprechende Hinweise geben.

DETAILBERATUNG

Präsidentin Rahel Bänziger: Die FDP stellt den Antrag, zusätzliche Postulate und Motionen abzuschreiben. Sie erachtet dies als unmöglich, weil es dazu kein Geschäft gibt.

Sven Inäbnit, FDP: Es stehen fünf Anträge im Raum. Aufgrund des Rückständeberichts ist es den Fraktionen freigestellt, zu den anderen aufgelisteten Vorstössen einen Zusatzantrag zu stellen. Seiner Ansicht

nach ist das kein Problem. Die FDP will zwei weitere Vorstösse abschreiben, auch wenn der Antrag des Gemeinderats „Zur Kenntnisnahme“ lautet.

Rahel Bänziger: Es liegt kein Geschäft des GR vor, deshalb kann es auch nicht abgeschrieben werden.

Sven Inäbnit, FDP: Es liegt ein Rückständebericht mit 18 Positionen vor. Zu sechs Positionen stellt der Gemeinderat den Antrag auf Abschreibung (Pos. 15 ist bei den Anträgen nicht aufgeführt). Die Fraktion ist der Meinung, dass auch dort, wo „Zur Kenntnisnahme“ vermerkt ist, ein Antrag auf Abschreibung gestellt werden kann.

Die Präsidentin ist weiterhin der Meinung, dass dies nicht möglich ist und schlägt vor, Punkt für Punkt abzuarbeiten.

1. Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

Sven Inäbnit, FDP: Dies ist ein altes Anliegen, das an Aktualität nicht eingebüsst hat. Die FDP stellt fest, dass der GR in den letzten Jahren Diverses in die Wege geleitet hat (z.B. Zivilschutzorganisation). Doch in puncto Gemeindepolizei ist bei der Zusammenarbeit noch mehr möglich, speziell im Hinblick auf das neue Polizeigesetz. Auch bei der Feuerwehr können die Bestrebungen zu einer noch engeren Zusammenarbeit (z.B. Beschaffungswesen) intensiviert werden.

Die FDP will das Postulat stehen lassen.

ABSTIMMUNG Antrag FDP: Postulat Nr. 34/IX nicht abschreiben
Grossmehrheitlich angenommen

2. Postulat FDP: Regio Gewerbe-Parkkarte

Kein Diskussionsbedarf. Das Postulat wird abgeschrieben.

3. Postulat CVP: Erhalt der Tramverbindung Kronenplatz–Bahnhof SBB

Thomas Hafner: Die CVP/GLP will das Postulat nicht abschreiben, da sich die Situation seit dem letzten Jahr nicht verändert hat. Der ER stimmte lehnte bereits vor einem Jahr eine Abschreibung einstimmig ab. Die von den Kantonen Baselland und Basel-Stadt erarbeitete Tramnetz-Studie „Tramnetz Regio Basel 2020“ sieht momentan vor, dass die Tramverbindung Binningen Kronenplatz bestehen bleibt. Die zukünftigen, direkten Tramverbindungen vom Kronenplatz zum Bahnhof sind in den Medien immer wieder ein Thema. Es ist wichtig, dass der heutige sowie der künftige Gesamt-Gemeinderat die noch lange andauernde Entwicklung im Auge behält und bei Bedarf sofort bei den zuständigen Kantonen interveniert. Im Zusammenhang mit dem Gundeli-Tunnel können immer wieder neue Varianten überlegt werden.

Die CVP/GLP beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

Beatrice Büschlen: Auch die Grüne/EVP ist aus den genannten Gründen dieser Meinung. Man kann immer weniger darauf vertrauen, dass der 2-er weiterhin zum Centralbahnplatz fährt. Die Perrons 14/17 sind zwar in Betrieb und gut frequentiert, doch die Abgänge sind für behinderte Personen und Leute mit Gepäck oder Velo sehr schlecht zu benutzen.

Sven Inäbniit, FDP: Auch seine Fraktion ist gegen die Abschreibung und dafür, dass der Gemeinderat die Sache weiter beobachtet.

Susanna Keller: Die SVP-Fraktion schliesst sich den Vorrednern an.

Roger Moll: Auch die *Parteilosen* sind gegen Abschreibung. Die öffentliche Verkehrsplanung ist im Fluss. Es gibt auch für die Heuwaage diverse Planungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Verkehr. Weil der Zugang zu den Gleisen 14 und 17 vor allem mit Gepäck sehr schlecht ist, ist es nötig, dass das Tram zum Haupteingang fährt.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Selbstverständlich behält der Gemeinderat die aktuellen Entwicklungen im Auge. Im vorliegenden Fall ist es so, dass die Linie bis 2020 gesichert ist. Doch wenn der Einwohner-rat das Postulat nicht abschreibt, kann der Gemeinderat sehr gut damit leben und hofft auf ein politi-sches Signal.

ABSTIMMUNG Antrag CVP/GLP: Postulat Nr. 35/X nicht abschreiben
Einstimmig angenommen

4. Postulat CVP: Mitsprache der Gemeinde Binningen am baselstädtischen Projekt „Gundeli-Tunnel“
Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

5. Postulat SP: Grünfläche / Garten für den Kindergarten im Pestalozzi-Schulhaus
Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

6. Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse
Simone Abt, SP: Ihre Fraktion möchte die Motion stehen lassen. Zurzeit ist das Thema nicht aktuell, doch das kann es jederzeit werden. Es birgt keine Gefahr, wenn der Vorstoss nicht abgeschrieben wird.

Sven Inäbniit: Die FDP ist sich in dieser Frage nicht ganz einig. Es wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Der Gemeinderat beantragt Abschreibung, da die Motion unter Punkt 7 wesentlich weiter geht. Doch auch hier hat der GR kein Problem damit, wenn die Motion stehen bleibt.

ABSTIMMUNG Antrag SP: Motion nicht abschreiben
Grossmehrheitlich angenommen

7. Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse
Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

8. Motion SVP: Begrünung der Betonwände beim Binniger Schloss
FDP: Sven Inäbniit fragt, ob die Präsidentin bereit ist, über den Antrag der FDP abstimmen zu lassen. Falls das nicht möglich ist, zieht die Fraktion den Antrag zurück.

Präsidentin Rahel Bänziger: Gemäss Geschäftsordnung der Einwohnerrats § 25 heisst es, dass der Gemeinderat zu Postulaten und Motionen einen Antrag stellt und dass der/die Motionär/in oder Postulant/in umwandeln kann. In Absatz 3 steht, dass der GR jährlich einen schriftlichen Bericht zum Stand der Bearbeitung der überwiesenen Motionen oder Postulat erstellt. Im Absatz 4 steht „Der Einwohner-rat entscheidet über die Abschreibung überwiesener Motionen und Postulate“.

Die Präsidentin stellt fest, dass diese Formulierung es offen lässt, ob auf einen Antrag des GR gewartet werden muss oder ob der ER direkt beschliessen kann.

Markus Ziegler, FDP: Für ihn ist der Fall aus zwei Gründen relativ klar: 1. Der GR hat Antrag gestellt, der Vorstoss wurde überwiesen und der ER ist frei, etwas abzuschreiben oder nicht. 2. Dies wurde immer so gehandhabt. Markus Ziegler ist der Meinung, dass der Rat immer frei ist, von ihm überwiesene Postulate oder Motionen zurückzuziehen. Der GR kann Antrag stellen zur Überweisung JA/NEIN. Das hat er getan.

Rahel Bänziger ist auch schon eine Weile Ratsmitglied, doch dass Antrag gestellt wurde auf Abschreibung eines Vorstosses, zu dem noch kein Bericht vorlag, hat sie bisher noch nicht erlebt.

SP, Philippe Spitz: Es ist wichtig, hier aufzupassen. Es ist ein Gebot der politischen Redlichkeit, dass man einmal überwiesene Postulate etc. so lässt und sie behandelt werden. Alles andere führt zu einem Rückkommensantrag, was eine schlechte Entwicklung sein könnte. Technisch wäre es ein Rückkommen und da gilt es vorsichtig zu sein.

Gemeinderat Urs-Peter Moos meint, dass der Sachverhalt so wie dargestellt ist. Der Vorstoss ist überwiesen. Eine Variante wäre, dass der/die Motionär/in einen Vorstoss zurückzieht. Ansonsten ist das Geschäft in Bearbeitung. Der Gemeinderat hat einen Auftrag gefasst und möchte diesen auch gerne abschliessen und dem ER Bericht erstatten.

Rahel Bänziger schlägt vor, dass nicht über eine Abschreibung abgestimmt, sondern auf den Bericht des GR gewartet wird. So wird verhindert, dass man sich eventuell auf Glatteis begibt.

Markus Ziegler, FDP, bekundet sein Erstaunen darüber, dass eine jahrelange Praxis der SP (und auch seiner Fraktion) hinterfragt wird. Zum Votum von U.-P. Moos: Sobald eine Motion überwiesen ist, ist sie nicht mehr Sache des Motionärs, da sie der ER überwiesen hat. Die FDP will die Diskussion nicht verlängern, doch hält Markus Ziegler fest, dass er die Interpretation der Präsidentin merkwürdig findet.

Rahel Bänziger kann sich an keine derartige Praxis erinnern und empfindet eine Abstimmung über Abschreibung als willkürlich.

Simone Abt, SP: Natürlich hat die SP auch schon Vorstösse zurückgezogen, doch das tat man vor der Überweisung. Einmal überwiesen, geht die Zuständigkeit an den ER, bzw. ist dann der GR am Zug. Soviel sie sich erinnern kann, wurde noch nie so vorgegangen, wie es die FDP verlangt.

Die Präsidentin: Der/die Motionär/in / Postulant/in kann den Vorstoss nur vor der Überweisung zurückziehen. Sobald er überwiesen ist, ist es ein Geschäft des ER.

Gaida Löhr, SP, findet den Antrag komisch, nicht die Interpretation der Präsidentin.

9. Motion SP: Anpassung kinder- und jugendpolitisches Konzept

Simone Abt, wiederholt, dass die SP unzufrieden und etwas ungeduldig ist. Der GR möge das 4. Quartal 2015 als „Matthäus am Letzten“ ansehen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, bittet den GR nochmals, das Geschäft vorzuziehen.

Gemeinderat Philippe Meerwein: Im Rahmen von HÜP wurde das Thema kurz gestreift. Die Mobile Jugendarbeit wurde eingestellt. Nach Ende Mai beschloss der GR, das freigewordene Geld nächstes Jahr in das kinder- und jugendpolitische Konzept zu investieren. Dies nicht erst im 4. Quartal, sondern bereits ab 1.1.2015.

10. Postulat CVP: Fit für Expats

Kein Diskussionsbedarf. Das Postulat wird abgeschrieben.

11. Postulat SP: Infocard – die Karte für Engagement

Sven Inäbnit, FDP: Die Fraktion befremdet, dass der Gemeinderat kundtut, er wolle das Thema nicht explizit weiter verfolgen, aber keinen Antrag auf Abschreibung stellt. Die Sache hätte man ja ins jugendpolitische Konzept einbinden können. So steht wieder ein unerledigtes Postulat im Raum. Aus diesem Grund wollte die FDP eigentlich auch hier den Antrag stellen auf Abschreibung stellen.

12. Postulat FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm
Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

13. Postulat SP: Strukturanalyse der Bauabteilungen

Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

14. Postulat Grüne/EVP: Wiedereinführung eines Bauverwalters

Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

15. Motion SP: Kommissionssitze bei Fraktionsaus- und –übertritten sowie bei Parteispaltungen

Kein Diskussionsbedarf. Das Postulat wird abgeschrieben.

16. Postulat Grüne/EVP und SP: Fortsetzung des Unterrichtsangebots an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II

Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

17. Postulat Parteilose: Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege zu Hause

Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

18. Postulat CVP/GLP: Wohnzone Birkenweg

Kenntnisnahme. Kein Diskussionsbedarf.

Gemeinderätin Heidi Ernst möchte zur Unmutsbekundung der SP betreffend Punkt 17 Stellung nehmen: Das Geschäft ist in Bearbeitung, doch es braucht mehr Zeit als erwartet. Die Schätzung, was die finanzielle Entlastung von pflegenden Angehörigen in Franken kostet, ist die einfachste. Doch der Gemeinderat will dem ER eine seriöse, fundierte Vorlage unterbreiten. Dazu gehört auch, dass auch aufgezeigt wird, wie hoch allenfalls das Sparpotenzial wäre. Sparpotenzial würde sich durch das Postulat insofern ergeben, als die Leute später ins Alters- und Pflegeheim gehen und dort somit weniger Kosten anfallen. Dies zu eruieren ist sehr schwierig und verursacht die Zeitverzögerung. Das Geschäft ist also nicht untergegangen, die Vorlage kommt nur etwas verzögert.

SP: Simone Abt vergewissert sich, dass die Formulierung „Eine Umsetzung ist fraglich“ also nicht wörtlich genommen werden muss.

BESCHLUSS

://: Es werden folgende Vorstösse als erledigt abgeschrieben:

1.1. Postulat FDP: Regio Gewerbe-Parkkarte
(Gesch. Nr. 207/IX, überwiesen am 22.9.2008)

1.2. Postulat CVP: Fit für Expats
(Gesch. Nr. 200/X, überwiesen am 16.1.2012)

Umsetzung kommunale Schulraumplanung: Zusätzlicher Raumbedarf

EINTRETEN

Urs Brunner, SVP, bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführliche Vorlage. Die Fraktion lehnt den Vorschlag unter anderem aus folgenden Gründen ab: Die beiden Kredite (Architekturwettbewerb CHF 300 000 und Bauprojekt CHF 350 000) sind zu hoch und müssen reduziert werden. In den Unterlagen ist nirgends ersichtlich, wie es zu diesen Beträgen kommt. Der GR will einen Architekturwettbewerb durchführen. Warum nicht einen Ideenwettbewerb? Weiter rechnet der GR mit theoretischen Schülerzahlen und mit Annahmen betreffend Klassenbildung. Gibt es keine exakteren Angaben über die Schülerzahlen? Zum Szenario Standort: Der GR bevorzugt das Szenario 3, Wassergrabenstrasse. Dort sind sicher umfangreiche Abbrucharbeiten notwendig. Es stellt sich die Frage, ob dann der Zugang zum Hallenbad gewährleistet ist oder ob das Restaurant Spiegelfeld schliessen muss. Und warum wurde die Variante südlich der Sporthalle nicht geprüft?

Die SVP beantragt, das Geschäft an die Schulbaukommission zu überweisen.

Beatrice Büschlen: Auch die Grüne/EVP bedankt sich für die aufschlussreiche Vorlage. Auch gesamtschweizerisch wird bis 2023 eine Zunahme von Lernenden von 11 Prozent erwartet. Momentan entstehen in Binningen neue Quartiere, wodurch der Schulraumbedarf sich eher noch erhöht. Mit der Lösung auf dem Spiegelfeld würde im Schulareal Dorf zusätzlicher Schulraum nicht verbaut. Dann hat man immer noch Alternativen. Grundsätzlich gefällt der Fraktion die Variante Wassergrabenstrasse gut. Es können Synergien genutzt werden (z.B. wärmetechnisch mit der Abwärme des Hallenbads oder erste Naturstudien der Primarschüler im nahen Wäldchen). Bäume, Pflanzen und Sträucher sind für die Grüne/EVP ökologisch wertvoll. Den Standort des neuen Schulhauses nach Süden zu verlegen und das Wäldchen zu verkleinern, ist für sie keine Alternative. Das Schulhaus an der Wassergrabenstrasse ist mittig von Binningen und von allen Himmelsrichtungen etwa gleich weit erreichbar. So können auch Schülereinteilungen flexibler gehandhabt werden.

Die Fraktion wünscht sich, dass die Klärung bezüglich Waldkindergärten auch zur Bildung von Waldkindergärten führt. Abgesehen vom sparsamen Raumbedarf ist ein pädagogischer Mehrwert vorhanden. Die Grüne/EVP teilt die Ansicht des Gemeinderats, dass Schulhäuser mit mehreren hundert Schülern zu vermeiden sind.

Eine Überweisung in die BPK würde befürwortet. Vor- und Nachteile, Details, Wünsche und Anliegen (z.B. würde ein Energie-Plus-Gebäude helfen, die laufenden Kosten zu senken) könnten für die Bauprojektierung dort deponiert werden. Auch, ob ein Ideen- oder Architekturwettbewerb sinnvoller ist oder wie die Kosten am effizientesten eingesetzt werden können.

Daniel Zimmermann: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die sehr detaillierte Vorlage. Sie hat sich seit dem letzten Zwischenbericht zur Schulraumplanung eingehend mit diesem Geschäft befasst. Auf den ersten Blick scheint beim verlangten Planungskredit alles klar zu sein. Doch bei genauerem Hinschauen wirft die Planung des GR einige Fragen auf. Die FDP ist sich bei den ermittelten Kinderzahlen nicht ganz sicher, ob die demografische Entwicklung mit den Siedlungsplanungen und den Altersstrukturen berücksichtigt wurde. Das muss noch aufgezeigt werden. Die Raumstellung scheint klar zu sein, doch ob die geplanten Flächen noch reduziert werden können, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Ob der gewählte Standort wirklich der Beste ist, scheint nur aus technischen Gründen beurteilt worden

zu sein. Im Gesamtkonzept wurde von einer anderen Idee gesprochen. Es stellt sich auch die Frage, ob ein Architekturwettbewerb die richtige Lösung ist.

Aufgrund der offenen Fragen kam die FDP zum Schluss, dass die Vorlage nicht direkt beschlossen werden kann. Man will bei einem Bauvorhaben von rund 14 Millionen Franken sicher sein, dass die Schulanlage im Jahr 2025 wirklich gebraucht wird.

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, das Geschäft an die noch bestehende Spezialkommission Schulumplanung zu überweisen und bittet den Rat um Unterstützung.

Anne Platten (parteilos) bedankt sich im Namen der SP für die ausführliche Vorlage. Die Fraktion ist der Meinung, dass die BPK oder die Spezialkommission die Standortfrage nochmals prüfen sollte. Ein fünfter Standort ist eine neue, überraschende Situation, die mit grossen Ausgaben verbunden ist. Erst vor wenigen Jahren entschied sich die Gemeinde für vier Standorte. Es ist schwierig und wirkt nicht vorausblickend, jetzt neben dem erst verkauften Schulhaus bereits ein neues zu bauen. Dazu kommt, dass ein fünfter Standort mit einem neuem Schulhaus und nur einem Klassenzug eine teure Variante ist – sowohl vom Betrieb, vom Personal, als auch von der Auslastung her. Die SP könnte sich den nötigen zusätzlichen Schulraum in der Talsohle vorstellen, wo ja auch die Zunahme der Schüler hauptsächlich erwartet wird. Sowohl beim Mühlemattschulhaus als auch im Dorfzentrum sieht die Fraktion Handlungsspielraum. Die Kommission soll das Geschäft nochmals prüfen und auch prüfen, ob je nach Ergebnis ein Wettbewerb nötig ist oder nicht.

CVP/GLP: Thomas Hafner will die Gründe, die gegen einen Direktbeschluss sprechen, nicht nochmals aufzählen. Die Fraktion erachtet den Planungskredit also zu hoch, von den 14 Millionen will sie gar nicht erst sprechen. Es wurden Kinderzahlen vorgelegt, doch da diese sind der Grundstein für ein neues Schulhaus sind, plädiert die CVP/GLP dafür, vor allem diese Abklärungen zu wiederholen. Der gewählte Standort ist fraglich. Obwohl die Mühlematt im Bericht ausgeschlossen wurde, kann sich die Fraktion vorstellen, dass ein Teil der Kinder dort untergebracht werden kann. Sie hat sich auch gefragt, wie es mit dem ehemaligen Primarschulhaus im Spiegelfeld, das mittlerweile dem Kanton gehört, aussieht. Wird das überhaupt noch gebraucht? Wäre dort eventuell eine Umnutzung oder ein Abbruch möglich? Die CVP/GLP möchte das Geschäft nicht in die BPK überweisen, da es in erster Linie eine grundlegende Frage und erst in zweiter Linie ein Baugeschäft ist. Die Fraktion kann sich eine Überweisung in die bestehende Spezko vorstellen.

Roger Moll, Parteilose: Die Vorlage zeigt die verschiedenen geprüften Varianten. Der Standort Wassergraben hat für den Gemeinderat Priorität. Dieser führt zu einer Beeinträchtigung des momentan benutzten Hartplatzes durch die Schule, Vereine und Freizeitsportangebote, die täglich (inkl. Samstag) stattfinden. Gibt es im Fall des Neubaus an der Wassergrabenstrasse eine Alternative für diese Aktivitäten? Der Redner sieht die Möglichkeit, den Bau an der südlichen Seite zu erstellen. Es gibt diverse Möglichkeiten, die zum Teil nur sehr wenige Quadratmeter Wald kosten würden. In den Kosten der priorisierten Variante sind die Abbrucharbeiten nicht enthalten. Eine „Variante Südseite Wassergraben“ wäre demnach auch kostengünstiger. Roger Moll rechnet mit etwa einer Million Franken Einsparungen. In dieser finanziell schwierigen Zeit, müssen solche Überlegungen gemacht werden. Man muss bereit sein, das Stückchen Wald an möglichen Orten zu ersetzen.

Bisher wurde nicht erwähnt, dass die Dorfvariante als zweite Priorität aufgeführt ist. Der Standort auf der Schutzmatte ist eine Möglichkeit. Doch auch dort sollte eine andere Variante geprüft werden, nämlich am Standort des jetzigen Pestalozzi-Schulhauses. Dieses muss bekanntlich renoviert/saniert werden, was zwischen einer halben und einer Million kosten dürfte. Man könnte das Pestalozzi-Schulhaus entfernen und den nötigen Raum mit dem Dreigeschoss (Turnhalle allenfalls unterirdisch) dort erstellen. So hätte man Platz für die Schule und den Kindergarten sowie zusätzlichen Verwaltungsraum.

Roger Moll plädiert für einen Ideenwettbewerb, weil dieser kostengünstiger ist.

Im Fall einer Überweisung der Vorlage in eine Spezko, stellt der Redner den Antrag, dass die Bau- und Planungskommission einen Mit-Bericht erstellt.

Daniel Zimmermann, FDP: Bei der Zusammenstellung der Spezko Schulraumplanung wurde darauf geachtet, dass die BPK mit allen Fraktionen gut vertreten ist. Die FDP will das Geschäft an die Spezialkommission überweisen, gerade weil bei deren Zusammensetzung auf verschiedenste Aspekte geachtet wurde.

Severin Brenneisen, SP: Aufgrund der beiden letzten Voten ist auch er der Meinung, dass eine Spezialkommission der richtige Weg sein könnte. Doch da seit der Gründung der Spezko mehrere Chargenwechsel stattgefunden haben, ist er dafür, dass die Kommission neu aufgestellt wird. So wird sichergestellt, dass die BPK Einfluss nehmen kann.

Urs Brunner macht klar, dass die SVP für die Überweisung an eine Spezialkommission ist.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP weist darauf hin, dass sämtliche Mitglieder der Spezko Schulraumplanung noch im Einwohnerrat und ein grosser Teil davon in der BPK sind. Daher macht es keinen Sinn, die Spezko neu aufzustellen.

Gemeinderat Philippe Meerwein bedankt sich für die gute Aufnahme des grossen Geschäfts. Der Gemeinderat begrüsst eine Überweisung an die Spezko Schulraumplanung und ist gerne bereit, die Standortfrage anzugehen, obwohl er weiterhin der Meinung ist, dass der Standort Wassergrabenstrasse der richtige ist.

Die Schülerzahlen könne nicht genauer angegeben werden. Sie werden halbjährlich mittels Einwohnerstatistik ermittelt und für das Jahr 2019 kann nicht genauer geplant werden. Ein neues Quartier wie das Stammareal löst pro Jahr ca. 4 Kinder aus. Für die Zukunft gibt es immer eine gewisse Unschärfe – das ist wie beim Wetter, das auch nicht für nächstes Jahr vorausgesagt werden kann.

Das Hallenbad wird während der Bauzeit nicht beeinträchtigt, sondern immer offen bleiben. Wenn das Schulhaus dort zu stehen kommt, wird das Hallenbad sogar aufgewertet.

Bezüglich Wald legte der GR Gewicht auf einen gewissen Ausgleich. Es ist ein grosses Schulgelände. Einerseits ist da die Sekundarschule, die jetzt dem Kanton gehört (inkl. ehemaliges Primarschulhaus) und dieser Schulraum wird voll ausgenützt. Im 2025 soll es saniert werden. Binningen kann nicht auf irgendwelche Gebäude auf diesem Areal zurückgreifen. Zudem ist eine Mischung von Primar- und Sekundarschule nicht erwünscht. Mit der Übergabe des Mühlemattschulhauses an die Primarschule konnten diese Schulstufen klar getrennt werden, was eine Aufwertung sowohl für die Primar- als auch die Sekundarschule ist. Wenn der Wald geopfert würde, würde auch die Distanz zwischen Gemeinde- und Kantonschule wegfallen.

Eine Rückfrage bei der Verwaltung und der Schulleitung bezüglich Zusammenlegung von Standorten hat ergeben, dass es kein grosses Sparpotenzial gibt. Bloss bei nur einem Standort sind betriebswirtschaftliche Vorteile auszumachen, doch dann gibt es wieder andere betriebliche Probleme. Bei der Anzahl Standorte gibt es also keinen grossen Handlungsspielraum.

Betreffend Hartplatz: Auf dem Areal der Sekundarschule gibt es genügend Ausweichmöglichkeiten.

Auch andere Schulhausstandorte können für die genannten Aktivitäten genutzt werden. Irgendwo muss das Schulhaus gebaut werden, irgendeine Nutzung muss immer umgelagert werden.

Bevor über die Anträge abgestimmt wird, nennt Vizepräsident Christoph Anliker die Mitglieder der bisherigen Spezialkommission:

SVP: Roy Ewald (Präsidium) und Jürg Blaser / SP: Anne Platten (Vizepräsidentin) und Gabi Vetsch / CVP/GLP: Silvia Bräutigam / FDP: Peter Heiz, Pascal Treuthardt und Daniel Zimmermann / Grüne/EVP: Beatrice Büschlen.

Mit der neuen Legislatur hat der Schlüssel geändert. Neu setzt sich eine 9-er Kommission wie folgt zusammen: SVP: 2 / SP: 3 / CVP/GLP: 1 / FDP: 2 / Grüne/EVP: 1

SP: Gaida Löhr möchte sicherstellen, dass personelle Wechsel vollzogen werden können.

ABSTIMMUNG Überweisung in die Spezko oder in die BPK
Grossmehrheitlich für Überweisung in die Spezko

ABSTIMMUNG Antrag R. Moll: Mit-Bericht der BPK
Grossmehrheitlich abgelehnt

ABSTIMMUNG Antrag SP: Personalwechsel in der bestehenden Spezko
Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die 9-köpfige Spezialkommission Schulraumplanung überwiesen.

Traktandum 5

Nr. 101

Motion GRPK: Abschaffung WoV

EINTRETEN

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Bei der Prüfung des Budgets und der Rechnung hat die GRPK festgestellt, dass WoV für die Verwaltung einen sehr grossen Aufwand bedeutet, um die Unterlagen bereitzustellen. Die Verwaltung arbeitet nicht in jeder Beziehung mit diesen WoV-Unterlagen, sondern sie benutzt auch Unterlagen, die direkt aus der Buchhaltung kommen. Ausserdem bereiten die WoV-Unterlagen der GRPK bei der Rechnungskontrolle grosse Mühe. Als darüber diskutiert wurde, wie es weitergehen soll, wurde die Motion eingereicht. Heute ist klar, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt werden kann, weil in der Verwaltung und der Finanzabteilung grosse Anstrengungen gemacht werden, um der GRPK das Leben zu vereinfachen. Eduard Rietmann konnte sich heute das neue Budget ansehen und ist überrascht, wie einfach und leicht es geworden ist. Weil es seines Erachtens eine grosse Erleichterung ist, kann die Kommission auch mit einem Postulat leben. Die Verwaltung bleibt mit der GRPK im Gespräch, um allenfalls weitere Vereinfachungen vorzunehmen. Die Kommission will auf jeden Fall am Globalbudget festhalten.

Carolle von Ins (parteilos): Die SP-Fraktion unterstützt die Umwandlung in ein Postulat und bedankt sich beim Gemeinderat für die Anstrengungen. Sie hat erfreut festgestellt, dass er die Anliegen der GRPK wahrgenommen hat.

Susanna Keller, SVP: Im Jahr 2009 äusserte sich der damalige Fraktionssprecher Christoph Anliker wie folgt zum Thema WoV: „WoV steht für „Weiter ohne Vermögen“. Wenn man die jetzige Finanzsituation betrachtet, stellt man fest, dass er damals mit dieser Aussage nicht ganz falsch lag. Das Problem bei WoV ist, dass es zu lange dauert bis man weiss, wo man steht. Wenn man es dann weiss, ist es schon beinahe zu spät, um zu reagieren. Darum begrüsst die SVP die Motion der GRPK. Der Umwandlung in ein Postulat stimmt sie zu.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Die Diskussionen rund um die Ausgestaltung der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltungsführung sind seit deren Einführung nicht abgeebbt. Im Gegenteil: Im Rahmen der Budget- und Rechnungsprüfung sind sie regelmässig wieder aufgeflammt. Eine wirkliche Belastungsprobe erlebte WoV mit den aktuellen Budgets und Rechnungen. Man stellte fest, dass mit den zur

Verfügung stehenden Instrumenten finanziell nicht mehr gesteuert werden kann. Vor allem, wenn es darum geht, substantielle Einsparungen zu erzielen. Für die Grüne/EVP ist die heutige Ausgestaltung von WoV ein Schönwetterprogramm, das seine Bewährungsprobe in Zeiten der knappen Finanzen nicht bestanden hat. Etwas vom Wichtigsten überhaupt, die Transparenz, ging mehrfach verloren. Aufgrund der internen Umlagen, die in den letzten Jahren mehrfach angepasst wurden, ist ein Mehrjahres-Vergleich praktisch unmöglich. Was einzelne Dienstleistungen kosten, bzw. aus welchen Kostenblöcken sie bestehen, ist für das Parlament, das keinen Zugang zur Buchhaltung hat, kaum mehr ersichtlich. Es ist vor allem auch nicht immer klar, wer für welche Aufgabe die Verantwortung trägt. Aus diesem Grund spricht sich die Fraktion für das Postulat der GRPK aus. Sie hofft, dass der Einwohnerrat damit seine Finanzhoheit möglichst bald wieder vollumfänglich zurückerhält. Der Entscheid wird für die Verwaltung einen positiven Effekt haben. Schattenrechnungen und Zusatzerläuterungen gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung gehören der Vergangenheit an. Die Verantwortungen sind wieder klar zugewiesen und die Zufriedenheit in der Gemeindeverwaltung wird steigen. Die Mitarbeitenden können sich künftig auf ihre Kerntätigkeiten konzentrieren.

Manuel Mohler: Es ist der FDP ein Anliegen, dass die Transparenz der Budgetierung und Rechnungslegung verbessert wird. Sie ist der Meinung, dass dem Gemeinderat nun das Vertrauen geschenkt werden und mit dem Vorschlag gearbeitet werden soll. Sofern man später der Meinung ist, dass das Bedürfnis nach Transparenz nicht erfüllt wurde, kann man wieder darauf zurückkommen.

ABSTIMMUNG Überweisung des Postulats an den Gemeinderat
Ja: 27 / Nein: 5 / Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 100

Motion SP: Liegenschaftskonzept

Kein Diskussionsbedarf.

ABSTIMMUNG
Einstimmig.

BESCHLUSS

://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

Genehmigung diverser Bauabrechnungen

DETAILBERATUNG

1. Abrechnung Ortsplanungsrevision

FDP, Jürg Humbel: Gratulation an den Gemeinderat und die Verwaltung für die Punktlandung.

ABSTIMMUNG:

Einstimmig genehmigt

2. Abrechnung Teilzonenplan Hauptstrasse NW

ABSTIMMUNG:

Einstimmig genehmigt

3. Renovation der Liegenschaft Curt Goetz-Strasse 2 Resch-Haus

Thomas Hafner, CVP/GLP: Das Resch-Haus wurde mehrmals renoviert und die Fraktion ist froh, dass das lang ersehnte Liegenschaftskonzept kommt.

ABSTIMMUNG

Einstimmig genehmigt

4. Nutzung Untergeschoss Kronenmattgebäude (Tanzraum)

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen hat einen Kommentar zum Thema Umbauten und Sanierungen: Bei alten und bestehenden Gebäuden muss immer mit Unvorhergesehenem gerechnet werden. Im 1985 wurde das Kronenmattgebäude saniert und erweitert. Die Fraktion geht davon aus, dass dazumal eine Dokumentation zu Statik und Grundriss erstellt wurde. Diese wäre bei der Planung hilfreich gewesen, weil damit vorhersehbar gewesen wäre, dass bereits eine Dreifach-Decke existiert. Die Abrechnung zeigt aber auch, dass der Entscheid des Einwohnerrats im 2012, den Kreditbetrag zu reduzieren, richtig war. Die Grüne/EVP geht jetzt davon aus, dass die Dokumentation des Kronenmattgebäudes wie auch des Resch-Hauses aktualisiert wird.

ABSTIMMUNG

Einstimmig genehmigt.

5. Sanierung der Ost- und Westfassade der Margarethenturnhalle

ABSTIMMUNG

Einstimmig genehmigt

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Abrechnung Ortsplanungsrevision mit Gesamtkosten von CHF 520 625.40 und Mehrkosten von CHF 625.40 (+0,1 %) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.
2. Die Abrechnung Teilzonenplan Hauptstrasse NW mit Gesamtkosten von CHF 89 638.55 und Minderkosten von CHF 361.45 (-0,4 %) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.
3. Die Abrechnung Renovation der Liegenschaft Curt Goetz-Strasse 2 Resch-Haus mit Gesamtkosten von CHF 897 186.70 und Minderkosten von CHF 92 813.30 (-9,3 %) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.
4. Die Abrechnung Nutzung Untergeschoss Kronenmattgebäude mit Gesamtkosten von CHF 175 102 und Mehrkosten von CHF 6252 (+3,7 %) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird

genehmigt.

5. Die Abrechnung für die Sanierung der Ost- und Westfassade der Margarethenturnhalle mit Gesamtkosten von CHF 135 983.10 und Minderkosten von CHF 22 016.90 (-21,7 %) gegenüber der bewilligten Kreditlimite wird genehmigt.

Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungsangehörigen in Institutionen

Meret Rehmann: Die *Grüne/EVP* bedankt sich beim GR für die Beantwortung des Postulats. Allerdings erstaunte die Fraktion, dass es bereits beantwortet wurde, zumal das Postulat noch gar nicht überwiesen wurde. Erst nach der Überweisung eines Postulats hat der Gemeinderat den Auftrag, zu prüfen und zu berichten. Hier hat sich die Verwaltung zu viel Arbeit gemacht – jedenfalls zu einem Zeitpunkt, an dem es noch gar nicht nötig gewesen wäre. Gerade im Hinblick auf die aktuellen Sparbemühungen, wo es auch immer um Effizienz geht, ist dies zu beachten.

FDP: Sven Inäbnit schätzt die Arbeit des Gemeinderats. Es ist zu bedenken, dass die damalige Situation aufgrund der Diskussionen auf Kantonebene (BL und BS) im Januar durchaus Antworten für die Öffentlichkeit erforderte. Insofern bedankt sich der Redner für die vorzeitigen Abklärungen. Die Fragen wurden seriös bearbeitet. Die FDP stimmt dem Antrag auf Abschreibung des Postulats zu. Ein Postulat bedeutet ja Prüfen und Berichten, also keine Massnahmen. Sven Inäbnit ist froh, dass es auf die Fragen 1 und 6 keine bedenkenswerten Antworten gibt und die Gemeinde diesbezüglich keine Probleme hat. Trotzdem findet er die Regelungen in Binningen nicht transparent und klar. Sie sind in verschiedensten Reglementen und Gesetzen festgehalten. Der Redner würde es schätzen, wenn der Gemeinderat die Revision des Vergütungsreglements an die Hand nehmen und die noch unklaren Punkte präzisieren würde. Zum Beispiel sollte ganz klar festgehalten werden, was die Verwaltungsangestellten mit den Spesen machen müssen, oder welche Aufgaben im Rahmen des Gemeinderats(präsidium)-Mandat abgegolten sind. Da es im Moment keinen Handlungsbedarf gibt und nichts zur Diskussion steht, ist der Redner damit einverstanden, dass dies zu einem späteren Zeitpunkt gemacht wird. Doch erwartet er, dass es angegangen wird. Er verweist auf die Gemeinde Reinach, die ihr Reglement überarbeitet und so Klarheit geschaffen hat, sodass sich Fragen, wie sie im Postulat gestellt wurden, erübrigen.

Eduard Rietmann: Auch die *CVP/GLP-Fraktion* bedankt sich für die Beantwortung des Postulats, sieht die Sache allerdings etwas kritischer. Wenn das Thema schon aufgegriffen wird, wäre es nicht nur interessant zu wissen, wer die Gemeinde zu welchem Preis vertritt, sondern auch *wo* und wer diese Vertretung bestimmt. Beispiel: IWB, EBM... es gibt bestimmt noch viele weitere. Die Öffentlichkeit hat das Recht, zu wissen, wer die Gemeinde *wo* vertritt. Vielleicht kommt man bei der Behandlung des Vergütungsreglements, das nur eine allgemeine Regelung darstellt, oder im Rahmen der GRPK solchen Detailfragen näher.

Die *CVP/GLP* stimmt der Abschreibung zu, wird das Thema jedoch nicht ad acta legen.

Philippe Spitz bedankt sich im Namen der *SP*. Die Fragen können gestellt werden, auch wenn nicht jedem medialen Hype nachgegangen werden sollte. In dieser Angelegenheit gab es ein Informationsbedürfnis, namentlich aufgrund der Ereignisse um die Regierungsräte in Basel und auf dem Land. Der Gemeinderat hat die Freiheit, das Postulat vor seiner Überweisung zu beantworten, da es ein öffentliches Informationsbedürfnis gab. Dieses ist nun weitgehend gestillt. Die heiklen Fragen drehen sich um die „Ablieferungspflicht“. Wenn jemand 100 Prozent arbeitet und in diesem Rahmen Ämter bekleidet, stellt sich die Frage, was mit solchen Entschädigungen geschieht. Auf der kommunalen Ebene wird dies wohl

kaum der Fall sein – allenfalls bei Gemeindeangestellten. Ansonsten ist Vorsicht geboten, damit das Milizprinzip nicht indirekt ausgehebelt wird und damit die verdienten Entschädigungen behalten werden dürfen. Natürlich muss in den Pflichtenheften klar ersichtlich sein, was zu den Aufgaben eines Gemeinderats gehört und was nicht.

Auch die SP ist für Abschreibung, sofern die Überweisung erfolgt.

Susanna Keller, SVP: Wie die Vorredner hat auch ihre Fraktion noch einige offene Fragen, doch wird sie das Postulat auch abschreiben.

Präsidentin Rahel Bänziger: Da sie nicht gehört hat, dass die Überweisung bestritten wird, nimmt sie an, dass das Postulat stillschweigend überwiesen wurde. Dem widerspricht niemand.

ABSTIMMUNG Abschreibung des Postulats
Grossmehrheitlich mit 3 Enthaltungen abgeschrieben.

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird überwiesen und abgeschrieben.

Traktandum 9

Nr. 99

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen

Rahel Bänziger erwähnt, dass Daniel Zimmermann eine schriftliche Antwort verlangt hat und bittet den zuständigen GR um die mündliche Beantwortung.

Gemeinderat Urs-Peter Moos beantwortet die Fragen und nimmt zu der aktuellen Entwicklung Bezug, soweit dies möglich ist.

Es gibt zwei Ebenen: 1. Das kommunale Kabelnetz (Basisangebot Fernsehen), das die Gemeinde Binningen den Kund/innen selber in Rechnung stellt. Die zweite Ebene führte die InterGGA als Vermittler zum jetzigen und zukünftigen Provider Improware.

Frage 1: Können wir die Gebühren senken?

Die vorliegende Frage bezieht sich auf den Fernsehanschluss. Dort gibt es eine Spezialfinanzierung, die vor längerer Zeit bei ca. 1,5 Millionen Franken stand. Die Gebühren wurden dann so stark gesenkt, dass jedes Jahr etwa 100 000 Franken Verlust geschrieben wurde. Der Bestand der Kasse sank bis auf eine halbe Million. Der Gemeinderat hat ungeachtet der Ungewissheit, wie die Sache herauskommt, entschieden, dass die monatliche Gebühr für den Basisanschluss von 8 Franken auf 9.90 erhöht wird, was immer noch ein exzellenter Preis ist. Der Gemeinderat musste dann indirekt erfahren, dass mit der Umstellung vom 20. Mai 2014 das Grundangebot geschwächt wird. Der Lieferant hat, ohne dass der Preis seinerseits gesenkt wurde, die Anzahl Sender reduziert. Dies war auch ein Aspekt für die Entscheidungen, die der GR in der näheren Vergangenheit getroffen hat. Das Ziel ist, der Kundschaft für die CHF 9.90 wirklich alle unverschlüsselt verfügbaren Sender zur Verfügung zu stellen. Dies wird im April nächsten Jahres der Fall sein.

Die Frage 2, warum die Gebühren nicht gesenkt werden können, wurde somit begründet. Bei einem Kabelnetz der Grösse der Gemeinde Binningen ist eine halbe Million Franken relativ wenig. Die Zielgrösse wäre 1,5 bis 2 Millionen, damit man gewappnet ist, wenn etwas Grösseres ansteht und damit die Gebühren nicht wieder erhöht werden müssen. Es ist auch nicht angedacht, dass man über die CHF 9.90 gehen muss.

Bei der dritten Frage wird eine Verknüpfung geschaffen mit dem neuen Provider. Diese Verknüpfung besteht nicht.

Frage 4: Beabsichtigt der GR Binningen die Zusammenarbeit mit einem anderen Provider zu suchen resp. Wie weit sind die Verhandlungen und Abklärungen?

Die Abklärungen zu Frage 4 wurden gemacht. Es wurde alles versucht, um innerhalb der InterGGA einen Weg zu finden, was leider nicht möglich war. Die Resultate der Abklärungen sind unterdessen bekannt.

Frage 5: Besteht die Möglichkeit, dass der Einwohnerrat Binningen über die Ausbau- und Entwicklungspläne der nächsten Jahre von der InterGGA AG direkt orientiert wird?

Die kommunalen Kabelnetze sind Eigentum der Gemeinden. Die InterGGA besitzt die Orts-Hubs, wobei im Reglement steht, das sie der Gemeinde gehören sollten. Das Reglement ist schon etwas älter und wird überarbeitet. Ende Oktober wird Binningen einen eigenen Ort-Hub haben und unabhängig sein. Dann gab es noch die Kopfstation, für die es anfänglich eine Zusammenarbeit der InterGGA mit der GGA Pratteln gab. Die InterGGA trennte sich dann aber von der GGA Pratteln und baute eine eigene Kopfstation aus. Für die Zukunft ist Binningen nun in der glücklichen Position, einen eigenen Orts-Hub und das Kabelnetz zu besitzen und somit direkt am Markt ist. Eine Kopf-Station als solche braucht die Gemeinde nicht mehr.

Frage 6: Was hätte ein solcher Provider-Wechsel durch die Gemeinde Binningen als Aktionär in der InterGGA AG für rechtliche und finanzielle Folgen?

Auch hier gibt es zwei Ebenen. Die eine sind die Verträge, welche Binningen gekündigt hat und die andere ist die des Aktionärs. Es macht wohl wenig Sinn, die Leistungen nicht mehr über die InterGGA zu beziehen und Aktionär zu sein. Dazu gibt es diverse Überlegungen, doch schliesslich liegt der Beschluss darüber, was mit den Aktien geschehen soll, in der Hoheit des Einwohnerrats. Dazu wird es noch eine ER-Vorlage geben.

Frage 7: Kann der Gemeinderat mit dieser speziellen Lösung garantieren, dass sowohl das Angebot wie auch die Preispolitik für den Kunden gleich bleiben?

Es ist nicht ganz klar, worauf sich die „spezielle Lösung“ bezieht. Die InterGGA also solche hatte für die Preise nur eine marginale Auswirkung. Den Preis für den Kabelanschluss macht die Gemeinde und die Preispolitik für Internet und Telefonie macht der Lieferant, der Service-Provider. Beim Wechsel, den nun die InterGGA zu Quickline macht, ist die Preisdiskussion im Gang. Da Binningen beim bisherigen Lieferant bleibt, bleiben auch die Preise wie bisher.

Die Präsidentin fragt den Interpellanten, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist, oder ob er noch eine schriftliche Beantwortung wünscht.

Daniel Zimmermann, FDP: Im Herbst 2013 erhielten die InterGGA-Kunden ein Informationsschreiben. Der Interpellant reichte die Interpellation im Januar ein. Heute ist Ende September. Es ist erstaunlich, welche Glanzleistung der GR an den Tag legt, um eine solche Interpellation zu beantworten. Der Inter-

pellant nimmt die Beantwortung zur Kenntnis und braucht keine schriftliche Beantwortung. Dank an den Gemeinderat.

Rahel Bänziger: Die Verzögerung liegt nicht im Verschulden des Gemeinderats. Die Interpellation war bereits zwei- oder dreimal traktandiert. Da andere Traktanden vorgezogen wurden, musste dieses Traktandum verschoben werden.

Der Rat wünscht keine Diskussion zur Interpellation.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 10

Nr. 97

Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: Urban Farming in Binningen

EINTRETEN

Meret Rehmann, Grüne/EVP: Ein positives Erscheinungsbild Binningens und eine angenehme Lebensatmosphäre sind wohl allen wichtig. Dazu würde die sinnvolle Nutzung der oft leerstehenden oder verwilderten Pflanzentrögen in den 30er-Zonen einen Beitrag leisten. Der GR entschied unterdessen, doch wieder Wechselkultur anzubauen, obwohl der ER beschlossen hatte, dies einzusparen. Der Einwohnerrat wurde vor Tatsachen gestellt, bevor das Postulat behandelt wurde. Die Gründe, welche der GR gegen eine Überweisung des Postulats anbringt, überzeugen die Fraktion nicht. Der Versuch von 1999 liegt 15 Jahre zurück. Die Gesellschaft ist nicht mehr die gleiche und vor allem kommt das Konzept von Urban Farming und Ähnlichem in jüngster Zeit enorm auf. Ausserdem war der Versuch damals für die Benutzerinnen und Benutzer gratis. Dass man sich nach einer Weile nicht mehr um etwas kümmern mag, das nichts gekostet hat, leuchtet ein. Der Vorschlag der Grüne/EVP sieht vor, einen kleinen Beitrag zu verlangen. So würden Einnahmen generiert und den subjektiven Wert der Bepflanzungsstücke erhöht. Die Fraktion glaubt nicht, dass man ihren Vorschlag mit dem Versuch von 1999 vergleichen kann. Natürlich gibt es Familiengärten in Binningen. Doch die wenigsten haben Zeit für so etwas. Der Vorschlag möchte die Leute erreichen, die gerne ein kleines Stück Garten hätten, aber keine Zeit haben, einen ganzen Schrebergarten zu bewirtschaften.

Wenn die Luftverschmutzung bereits so schlimm ist, dass hiesiges Gemüse nicht mehr gegessen werden darf, muss man sich fragen, ob das Leben hier ohne Mundschutz wirklich verantwortungsvoll ist.

Jürg Humbel, FDP: Leider sind keine Zuschauer mehr hier, doch möchte der Redner die Gelegenheit ergreifen und die beiden Herren von der schreibenden Zunft begrüßen und um wohlwollende Berichterstattung zu bitten.

Das Postulat ist bestimmt gut gemeint. Unter Urban Farming versteht Jürg Humbel allerdings etwas Grösseres. Ausserdem sollte die Zeit des GR nicht mit derartigen Aufgaben beansprucht werden, die je nachdem zu Zwist in der Bevölkerung führen und für deren Schlichtung dann noch mehr Zeit aufgewendet werden müsste. Die FDP wird das Postulat nicht überweisen.

Beatrix Bürgin, SVP: Die Pflanzentröge und Rabatten sind primär schon hässlich anzusehen. Sie dienen der Verkehrsberuhigung und verschönern die Gegend mit oder ohne Bepflanzung sowieso nicht. Die

Idee der Vermietung ist auf dem Papier gut, doch ist sie kaum durchführbar, wie man vom Versuch Neusatzquartier weiss.

Auch die SVP überweist das Postulat nicht.

Eduard Rietmann: Die CVP/GLP-Fraktion findet die Idee sehr gut, doch sie glaubt nicht, dass es etwas bringt. Die Pflanzentröge wurden damals mit dem Aufruf an die Bevölkerung aufgestellt, dass sie die Tröge nach Belieben bepflanzen kann – ohne Miete. Wenn sich der Redner richtig erinnert, blühten in zwei von 47 Trögen irgendwann einmal ein paar Pflanzen. Heute kann von keinem gesagt werden, dass er „in Betrieb“ ist. Die zweite Tatsache ist, dass die Familiengärten, wie auch die Gärten zur partiellen Nutzung, nur schlecht vermietet werden können. Die CVP/GLP glaubt nicht, dass das Anliegen ein Erfolg wäre.

Carolle von Ins (parteilos): Die SP-Fraktion findet die Idee von Urban Farming gut. Auch sie fände es nach 1999 sinnvoll, es nochmals zu versuchen.

Die SP war sehr erstaunt, dass die Gemeinde Binningen am 10. September 2014 in einer Medienmitteilung bekannt gab, dass bereits ein neues Konzept erarbeitet wurde. Dieses hat der Einwohnerrat nie gesehen. Zweitens wird entgegen dem ER-Beschuss vom 27.1.2014 wieder Wechselflor bepflanzt; zwar nicht in allen Rabatten, doch immerhin in 4–5. Die SP fragt, wie es dazu kam und wünscht weitere Erläuterungen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Urban Farming ist in der Tat auch noch etwas anderes, nämlich beispielsweise Generationengärten in Altersheimen und Alterssiedlungen, Dachgartenbepflanzungen, wo keine Fotovoltaikanlagen installiert werden können, Schulgärten, auch das Jugi mit einem Mittagstisch oder der Robi wären gute Adressaten – beispielsweise mit essbaren Inseln, wie es sie an der Gewerbeschule gibt. Idealerweise kann dies sogar mit einem Bildungsauftrag kombiniert werden. Dies ist ein Postulat, keine Motion. Es soll geprüft und berichtet werden. Das Postulat ist auch eine Antwort auf die Reklamationen der Bevölkerung, welche die braunen Ecken und unschönen Plätze kritisiert. Die Grüne/EVP hält am Postulat fest und bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, das Prüfen und Berichten zu unterstützen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Im Postulat ist mit Schwerpunkt von den Pflanzentrögen die Rede. Der GR hat dargelegt, warum er dem ER beantragt, das Postulat nicht zu überweisen.

Was die grösseren Flächen betrifft, die der ER mit dem letzten Budget einmalig gestrichen hat (es geht um das Globalbudget und dieser Posten wird auch an der nächsten Budget-Sitzung wieder auftauchen): Der GR hat sich bemüht, den Input des ER aufzunehmen und die bestehende Lösung zu optimieren, sodass allen Interessen möglichst Rechnung getragen werden kann. Der Bevölkerung ist es ein grosses Anliegen, dass Binningen Blumen hat. Dazu gab es zahlreiche Zuschriften und Beiträge im Binninger Anzeiger. Es wurde darauf geachtet, dass mit weniger Geld und mit weniger personellem Aufwand an den exponierten Plätzen etwas gemacht wird. Bei den weniger exponierten Plätzen wird der Aufwand massiv zurückgefahren. Diese Lösung ist im Budget des nächsten Jahres abgebildet.

ABSTIMMUNG Überweisung Postulat

Nein: 21 / Ja: 12 / Enthaltungen: keine (1 Person nicht mehr anwesend)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Postulat M. Rehmann, G. Löhr, Grüne/EVP/SP: Fortsetzung des Musikunterrichts an der Musikschule nach Abschluss der Sekundarstufe II

EINTRETEN

Meret Rehmann: Die Grüne/EVP begrüsst sehr, dass der Gemeinderat im Grundsatz der Stossrichtung des Postulats gefolgt ist. Dass fortgeschrittene Schüler weiterhin am Angebot teilnehmen können, bringt für die Musikschule und die einzelnen Schüler viele Vorteile. Mit der Ausweitung des Angebots zeigt Binningen der Bevölkerung, dass auch in Zeiten des Sparens und Leistungskürzungen ein Schritt auf sie zu gemacht und auch für Junge eine Leistung ausgebaut wird. Das Leben in Binningen sollte ja weiterhin lebenswert und nicht nur von Sparen und Verzicht geprägt sein.

Dennoch ist es verständlich, dass heutzutage jede neue Ausgabe kritisch angeschaut wird. Meret Rehmann denkt, dass die vom Gemeinderat vorgeschlagenen 5000 Franken für den Sozialrabatt voraussichtlich nicht ganz gebraucht werden. Laut Auskunft der Musikschule kommen Schüler/innen, die sich für das Angebot interessieren, meist nicht aus Verhältnissen, die einen Sozialrabatt nötig machen. Die Erhöhung der Beiträge von CHF 2200 auf 5600 ist happig und die Fraktion befürchtet, dass viele Eltern nicht bereit sein werden, mehr als das Doppelte für das Angebot zu bezahlen und deswegen einige Interessierte darauf verzichten müssen. Aus diesem Grund möchte die Grüne/EVP den im Postulat formulierten Vorschlag, der eine kleinere Erhöhung vorsieht, nochmals beliebt machen.

CVP/GLP, Alexander Huber: An einigen Sitzungen wurden verschiedenste Sparmassnahmen diskutiert, was nicht ganz einfach war. Vieles musste gestrichen werden und nun sollen die Leistungen wieder ausgebaut werden. Alexander Huber ist nicht der Meinung, dass man so auf die Bevölkerung zugeht, da es sich um etwa 10 Personen handelt, die es betreffen würde. Die Fraktion erachtet das Angebot als „nice to have“ in guten Zeiten, doch unnötig in der momentanen Finanzlage. Sie folgt deshalb dem Antrag des Gemeinderats und stellt einen zusätzlichen Antrag auf Streichung von Punkt 3. Es soll also nach Abschluss der Sekundarstufe II generell nicht mehr subventioniert werden.

Manuel Mohler, FDP: Seine Fraktion anerkennt, dass junge Erwachsene das Bedürfnis haben, Musikunterricht zu geniessen. Sie ist allerdings der Auffassung, dass dies auch auf privater Basis gemacht werden kann. Ausserdem empfindet sie, dass 5000 Franken Sozialrabatt angesichts der Sparmassnahmen etwas schräg in der Landschaft stehen. Deshalb empfiehlt die FDP, den dritten Antrag – wenn nicht alle – abzulehnen.

Jürg Blaser: Die SVP-Fraktion lehnt die Anträge 1 und 3 ab. Beim Antrag Nr. 1 ist darauf hinzuweisen, dass eventuell ein Platzproblem entstehen könnte und junge Musikinteressierte unter Umständen nicht mehr in die Musikschule aufgenommen werden könnten. Andererseits wäre jede Blasmusik in der Region dankbar, wenn sie junge, gut ausgebildete Musikerinnen und Musiker aufnehmen könnte.

Gaida Löhr: Die SP ist nicht der Meinung von Alexander Huber, dass es nur zehn Personen betrifft. Die älteren Schüler/innen sind sehr wertvoll für die Musikschule, weil sie einerseits dafür sorgen, dass ein Konzert nicht nur rührend, sondern auch gut ist, und Konzertbesucher/innen wissen, dass auf hohem Niveau musiziert wird. Dafür braucht es aber Leute, die schon lange Musik machen. Andererseits hat die Musikschule ein Orchester, das auch reist und auf diesen Reisen betreuen die Älteren die Jugendlichen mit. Dort, wie auch als Erste Geige oder Erste Flöte, leisten sie Arbeit für die Musikschule. Es erhalten also nicht einfach zehn (wahrscheinlich weniger) Jugendliche unterstützten Musikunterricht, sondern sie leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Musikschule und für die jüngeren Musikschüler/innen. Grundsätzlich müsste man sie eigentlich bezahlen.

Platzprobleme gibt es wahrscheinlich nicht, weil erstens die Musikschule unlängst neuen Platz in Bottmingen erhalten hat und zweitens, weil die Betroffenen meistens zu anderen Zeiten zum Unterricht

kommen können, als die jüngeren Schüler/innen. Es müssen keine weiteren Plätze geschaffen werden. Gaida Löhr weist nochmals darauf hin, dass es um fünf bis sechs Stunden wöchentlich geht.

Es geht um einen lächerlich kleinen Betrag, aber der Gemeinderat geht weiterhin davon aus, dass abgeklärt wird, ob die Eltern bezahlen können. Es handelt sich hier um Jugendliche, die über 20-jährig sind, da haben die Eltern keine Verpflichtung mehr, zu bezahlen. Grundsätzlich müsste kontrolliert werden, ob die Jugendlichen dies bezahlen können. Gaida Löhr betont nochmals eindringlich, dass es nicht nur darum geht, dass die Jugendlichen Unterricht erhalten, sondern es geht auch darum, dass sie die Musikschule unterstützen. Sie hofft, dass das Geld gesprochen wird, es ist wenig.

Parteilose: Roger Moll kann den drei Anträgen zustimmen. Die Begründung zur Subventionierung des Angebotes überzeugt ihn, weil es eine ausgeglichene Überlegung und eine gute Argumentation ist.

ABSTIMMUNG Ursprünglicher Antrag des Postulats: *Der GR wird aufgefordert, den Vertrag mit der Musikschule Binningen-Bottmingen so zu ändern, dass künftig Jugendliche bis zum 25. Altersjahr die Musikschule besuchen können.*

Mit 18 Nein / 12 Ja und 3 Enthaltungen abgelehnt

ABSTIMMUNG Antrag 1 GR: *Die Musikschule ist für junge Erwachsene, die bis anhin die Musikschule schon besucht haben, bis zum Abschluss des 25. Lebensjahres zugänglich.*

Ja: 19 / Nein: 11 / Enthaltungen: 4

Rahel Bänziger fragt den Gemeinderat, ob es beim Antrag 2 um das Einkommen der Eltern oder der jungen Erwachsenen geht.

Gemeinderat Philippe Meerwein: Es geht um diejenigen, die den Unterricht besuchen.

FDP: Markus Ziegler weist darauf hin, dass Punkt 3 ist teilweise bestritten ist. Der Teilsatz in Klammer des 2. Antrags beisst sich mit Antrag 3.

Deshalb wird zuerst über Punkt 3 abgestimmt.

ABSTIMMUNG Antrag 3: *Ins Budget 2015 wird für die Gewährung der Sozialrabatte ein Betrag von CHF 5000 aufgenommen.*

Nein: 19 / Ja: 13 / Enthaltung: 1

Markus Ziegler, FDP, schliesst daraus, dass dies generell gemeint und nicht nur für das Budget 2015. Die Klammer ist zu streichen.

ABSTIMMUNG Antrag FDP auf Streichung des Satzes in der Klammer, Antrag 2.

Ja: 20 / Nein: 13 / Enthaltung: 1

ABSTIMMUNG geänderter Antrag 2: *Nach Abschluss der Sekundarstufe II wird der Unterricht für junge Erwachsene generell nicht mehr subventioniert.*

Ja: 20 / Nein: 13

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Musikschule ist für junge Erwachsene, die bis anhin schon die Musikschule besucht haben, bis zum Abschluss des 25. Lebensjahres zugänglich.
2. Nach Abschluss der Sekundarstufe II wird der Unterricht für junge Erwachsene generell nicht mehr subventioniert.

Postulat FDP: Schwachstellenanalyse (Einbruch- und Gewaltdelikte)

Christoph Maier: Die FDP-Fraktion reichte das Postulat mit dem Ziel ein, dass die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde- und der Kantonspolizei in Bezug auf die Informationen verbessert wird. Informationen, die möglicherweise bei der Kantonspolizei vorhanden sind, sollen auch der Gemeindepolizei zur Verfügung stehen. Man ist sich bewusst, dass die Ressourcen der Polizei insgesamt beschränkt sind und ist überzeugt, dass von einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Polizeicorps alle profitieren würden. Der Partei ist klar, dass die geforderte Schwachstellenanalyse nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde ist. Doch die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei ist sehr wohl in der Kompetenz der Gemeinde. Die FDP regt an, dass sich der GR beim Kanton dafür einsetzt, dass der Informationsfluss verbessert wird. Christoph Maier weist darauf hin, dass im Landrat ein gleichlautendes Postulat eingereicht wurde. Die Situation ist also so, dass das Anliegen von beiden Seiten kommt und der empfundene Missstand des fehlenden Informationsflusses beseitigt werden könnte. Es wäre hilfreich, wenn sich der Gemeinderat hinter das Anliegen stellen und entsprechend beim Kanton vorstellig werden könnte.

Urs Brunner, SVP: Heute konnte in der Tagespresse gelesen werden, dass gestern Mittag in einer Gemeinde eine Frau in ihrem Einfamilienhaus überfallen und beraubt wurde. Die Gewaltdelikte nehmen beängstigend zu. Aus diesem Grund macht es Sinn, wenn der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit dem Kanton eine Sensitive-Date-Analyse erstellt und prüft, ob eine vorhanden ist. Der GR soll Verantwortung zeigen und alles unternehmen, was die Sicherheit in der Gemeinde erhöht. Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat und die Überweisung an den Gemeinderat.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Ihre Fraktion ist derselben Meinung wie der GR und unterstützt den Antrag für Nicht-Überweisung. Sie ist gespannt auf die Antwort der Regierung und bei einem guten Resultat unterstützt sie den Gemeinderat gerne bei der Umsetzung des Resultats.

SP: Simone Abt: Auch die SP-Fraktion folgt dem Gemeinderat und ist gegen die Überweisung. Dadurch, dass bei der zuständigen Stelle beim Kanton auch ein Vorstoss platziert ist, hat die SP den Eindruck, dass die Sache auf gutem Weg ist. Wenn der GR sich einsetzt im Sinn von Nachfragen und Unterstützen ist dies sicher gut, doch möchte die Fraktion keine Arbeiten innerhalb der Gemeinde auslösen, die in der angespannten finanziellen Situation, die nicht aus den Augen verloren werden darf, Kapazitäten bindet.

Gemeinderätin Heidi Ernst: In Vertretung von GR Daniel Nyffenegger ergänzt sie kurz: Der GR hat sich das gut überlegt. Die Sicherheit der Bevölkerung liegt ihm am Herzen. Die Zuständigkeit in diesem Bereich ist eindeutig Sache des Kantons. Der Gemeinderat empfiehlt in seinem Bericht, den Antrag im Landrat zu stellen und Heidi Ernst ist froh, dass dies ein Binninger Landrat in der Zwischenzeit getan hat. Die Gemeinderätin plädiert dafür, die Antwort abzuwarten und nicht eine Untersuchung auszulösen, für die die Gemeinde schlicht zu klein ist. Heidi Ernst bittet den ER, dem Antrag des GR auf Nicht-Überweisung zuzustimmen.

FDP: Sven Inäbnit nimmt erstaunt zur Kenntnis, dass die linke Ratsseite die sicherheitsrelevanten Anliegen der Gemeinde gerne an den Kanton delegiert. Die Erfahrung zeigt, dass Druck aus den Gemeinden einen Einfluss auf den Kanton hat. Deshalb kann die Fraktion nicht verstehen, warum der Vorstoss nicht überwiesen und dem GR der Rücken gestärkt werden soll, damit er zu gegebener Zeit bei der Regierung vorstellig werden kann. Man weiss, dass die Postulate auf kantonaler Ebene liegenbleiben weshalb Lobbyarbeit wichtig ist. Ein Auftrag an den GR, beim Kanton vorstellig zu werden, löst nicht so viel Arbeiten aus, zumal jetzt vor allem der Kanton die Aufgabe hat, dies zu bearbeiten. Es geht also darum zu beschleunigen, nicht um Entschleunigung.

SP: Simone Abt fühlt sich missverstanden. Niemand will entschleunigen. Sie hat ausdrücklich gesagt, dass es löblich ist, falls der GR vorstellig wird und sich einbringt. Im Postulat liest sie jedoch Sachen, die sie persönlich nicht auslösen möchte. Zum Beispiel „Erstellen einer Schwachstellenanalyse“. Wäre das Postulat anders formuliert, würde es die SP wahrscheinlich unterstützen. Es geht nicht um „sich einsetzen“, sondern um „beschaffen, zusammenstellen, investieren“. Das will die SP-Fraktion nicht. Es geht nicht darum, dass sich der GR nicht einsetzen darf.

Sven Inäbnit, FDP: Wenn er bedenkt, wie viele Postulate jahrelang liegen bleiben, weil sich der Gemeinderat überhaupt nicht darum kümmert, macht sich der Redner keine Sorgen, dass der GR bis zur Antwort des Kantons warten kann.

ABSTIMMUNG Postulat überweisen

Ja: 25 / Nein: 5 / Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen

Traktandum 13

Nr. 197/X

Postulat M. Ziegler, FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Aus der Antwort des Gemeinderats geht nicht hervor, ob jetzt der Pausenplatz Dorf während der Schulzeiten auch nicht zugänglich ist.

Gemeinderat Philippe Meerwein: Der Dorfplatz ist öffentlich. Hier geht es nur um die Spielzonen, die während der Pausen für die Schulen besetzt sind. Der Gesamt-Dorfplatz ist frei zugänglich, es gibt keine Beschränkung.

FDP: Jürg Humbel wehrt sich gegen den Ausdruck „Kinderlärm“. „Gewerbelärm“ akzeptiert er, doch im Zusammenhang mit Kindern möchte er das Wort „Lärm“ nicht verwenden. Der Gemeinderat hat gesehen, dass die beiden Sachen gleichgestellt werden können. Die Kinder sind somit dem Gewerbelärm gleichgestellt, womit die Fraktion einverstanden ist.

Markus Ziegler, FDP: Nach seiner Erfahrung kann Kinderlärm durchaus Lärm sein... Ihn erstaunt, wie lange es dauerte, um das Anliegen umzusetzen. Wenn er die Auflistung der Reglemente, Verordnungen und Verbote liest, wird ihm beinahe schlecht. Dazu kommt, dass sich die Sachen teilweise am Schluss widersprechen. Markus Ziegler ist froh, dass es für die Kinder umgesetzt wurde, doch wurden wieder neue Verbote aufgestellt (Rauchen). Er legt dem GR ans Herz, generell mit möglichst wenig Verboten und möglichst wenigen Schildern zu arbeiten. Die Gesellschaft will immer mehr Verbote, doch müsste man mit mehr vernünftigen Lösungen arbeiten.

ABSTIMMUNG Antrag GR auf Abschreibung des Postulats

Einstimmig angenommen

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Diversa

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Am Samstag, 25. Oktober findet die Hauptübung der Feuerwehr statt. Sie startet um 14.30 Uhr, der Einwohnerrat ist dazu eingeladen und es wäre schön, wenn die eine oder andere Einwohnerrät/in sich dort zeigen würde.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: An der ER-Sitzung vom 26.5.2014 wurde das Geschäft „Investitionskredit Schafmattweg“ behandelt. Die GR-Vorlage beinhaltete zwei neue Parkplätze, für welche die SP-Fraktion einen anderen Standort vorschlug. Der GR und die Verwaltung haben diese Möglichkeit überprüft und der GR hat beschlossen, sie umzusetzen. Das hat auch den Vorteil, dass nicht nur zwei, sondern drei Parkplätze realisiert werden können.

Präsidentin Rahel Bänziger schliesst die Sitzung um 21.40 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 3. November 2014, 19.00 Uhr.